Sozialarbeit in Wohnquartieren

Autor(en): **M.B.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **31 (1975)**

Heft 12

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845369

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Noch tiefer und ernster ist die Sorge, ob es auf die Dauer überhaupt möglich sein werde, die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen zu sichern. Umweltzerstörung, zur Neige gehende Rohstoffvorräte, Bevölkerungsexplosion sind Fragen, die gerade den Jugendlichen, die das Leben noch vor sich haben, besonders zu schaffen machen. Damit verbunden ist der Vorwurf an die ältere Generation, mit ihrer aus der Krisen- und Kriegszeit heraus zwar erklärbaren aber trotzdem zum Teil masslosen Konsumhaltung und Überbetonung des Materiellen die beschränkt vorhandenen Ressourcen zulasten der kommenden Generationen übermässig beansprucht zu haben. Die radikale Ablehnung der Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft erfolgt mit der der Jugend eigenen Absolutheit und ist vor diesem Hintergrund zum mindesten verständlicher.

Tief trifft viele immer wieder das Gefühl der eigenen Ohnmacht, hervorgerufen auch durch eine noch immer nicht genügende Transparenz der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse und durch das teilweise Auseinanderklaffen von Macht und Verantwortung.

Was ist zu tun? Nochmals darf hier auf den bundesrätlichen Bericht zur Sicherheitspolitik hingewiesen werden: «Ob es sich dabei um eine tiefergreifende Gesellschaftskrise oder um vorübergehende Erscheinungen handelt, die Bemühungen müssen sich darauf richten, die Entfremdung vom Staat durch **kritisch-konstruktive Mitarbeit** zu überwinden und die Ursachen des Missbehagens möglichst zu beseitigen. Der Wille, die staatliche Gemeinschaft zu verteidigen, wird wesentlich davon abhängen, ob sich diese Gemeinschaft als lebendig erweist, das heisst auch **fähig zu Reform und Modernisierung,** und ob eine gerechte Gesellschaftsordnung herrscht.» Mitentscheidend wird sein, ob solche Reformen rechtzeitig erfolgen.

Ziel aller politischen Anstrengungen müssen mehr denn je die Erhaltung oder Schaffung aller Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein im umfassenden Sinn des Wortes für jeden einzelnen Mitmenschen sein, die Achtung vor den grundlegenden Menschenrechten, die Aufrechterhaltung und der Ausbau unserer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung.

Diese Bemühungen allein können uns ein menschenwürdiges Dasein auf die Dauer gewährleisten. Zur wirkungsvolleren Realisierung dieser Werte sind auch neue Wege zu beschreiten. Ein Neuüberdenken im wirtschaftlich-sozialen Bereich wird unumgänglich sein. Solidarität muss vor extreme Gruppeninteressen treten und mit verantwortlicher Mitsprache und Mitverantwortung in den verschiedenen Lebensbereichen wird vermehrt ernst gemacht werden müssen. Demokratie will gelernt sein. Erziehung zur Mündigkeit und Selbstverantwortung ist die erste Voraussetzung dazu. Die Bewältigung der Zukunftsaufgaben wird enorme geistige, menschliche und seelische Kräfte erfordern. Sie können nur gelöst werden in einer gemeinsamen Anstrengung breitester Kreise und mit dem Willen zu unumgänglichen Opfern und zum Verzicht.

Sozialarbeit in Wohnquartieren

Aus der ungenügenden Verwurzelung der Menschen in ihren Wohnquartieren entstehen heute viele Probleme. Man haust zwar eng beisammen, aber man lebt isoliert. Man hat oder nimmt sich zu wenig Zeit für die Pflege nachbarschaftlicher Kontakte und wird nicht gewahr, welche Werte

dabei verkümmern. Erst wenn ein sogenannter Sozialfall entstanden ist, wenn eine Situation allein nicht mehr gemeistert werden kann, wird entdeckt, wohin die Beziehungslosigkeit geführt hat.

Diese Erfahrungen haben das Zürcher Sozialamt bewogen, neue Wege für seine Arbeit zu suchen und Bevölkerungsgruppen, die Probleme zu bewältigen haben, aus der unverschuldeten oder selbstgewählten Isolierung zu lösen. Gruppen- und Gemeinwesenarbeit heissen diese neuen Methoden, die zudem dezentralisiert angewandt und in die Wohnquartiere verlegt werden. Damit soll erreicht werden, dass die Amtsstellen nicht erst einschreiten müssen, wenn wirklich Not am Mann oder an der Frau ist, sondern dass sie die Schwierigkeiten schon im Anfangsstadium erkennen und vielleicht sogar prophylaktisch wirken können. Über die ersten Erfahrungen mit diesen Methoden orientierten vor kurzem an einer Pressekonferenz **Stadträtin Dr. Emilie Lieberherr** und einige Sozialarbeiter.

Gruppenarbeit in den Quartieren

Vor knapp vier Jahren hat das Jugendamt III, das Jugendlichen, Eltern oder Beziehungspersonen freiwillige Beratung und Hilfe gewährt, erstmals seine traditionelle Einzelberatung durch Gruppenarbeit ergänzt. Für diese ersten Versuche wurden der Kreis 4, ein Quartier mit vielen Kindern und Jugendlichen, und der Kreis 12, ein rasch gewachsenes Wohngebiet mit einer heterogen zusammengefügten Bevölkerung, ausgewählt. Betreut von Sozialarbeitern treffen sich hier Gruppen mit gemeinsamen Problemen, beispielsweise geschiedene Frauen mit Kindern, die durch Berufsarbeit und Kindererziehung überfordert sind und vielleicht auch die Scheidung seelisch noch nicht bewältigt haben, Jugendliche mit Schwierigkeiten im Umgang mit Autoritätspersonen oder Fremdarbeitereltern mit Erziehungs- und Integrationsproblemen. Die Möglichkeit zum Gespräch und die Erkenntnis, mit den eigenen Problemen nicht allein zu sein, hat schon vielen geholfen, wieder Vertrauen zu sich selbst zu fassen und mit Gelassenheit das Beste aus einer Situation zu machen.

In einer anderen Gruppe, bestehend aus Problemkindern, wurden rund elfjährige Knaben individuell gefördert. Durch Spiel und gestalterisches Arbeiten wurden das Selbstwertgefühl gestärkt, Aggressionen abgebaut und demokratisches Verhalten gelehrt.
Bisher wurden die Leute durch das Jugendamt III auf die Gruppenarbeit aufmerksam gemacht. Man hofft aber, die Arbeit werde im Quartier bald so bekannt, dass sich die Bewohner mit ihren Problemen selbst melden.

Gemeinwesenarbeit im isolierten Quartier

Eine andere Art Arbeit war in einem durch Strassenbauten isolierten und durch verschiedene Immissionen benachteiligten Quartier, im Audörfli, zu leisten. Hier galt es, die Resignation der Bewohner zu überwinden und sie zur Selbsthilfe und zur Verbesserung der eigenen Lebensqualität anzuregen. Ein erster Erfolg zeichnet sich durch die Gründung eines Quartiervereins ab, der sich nicht nur mit Verkehrserschliessung und Versorgungsproblemen befasst, sondern auch Aktivitäten anregt und Geselligkeit pflegt. Mütter lernten mit Kindergruppen zu basteln, in den Ferien wurden Aktionen für Daheimgebliebene — Wanderungen, Ausflüge, Velotouren — durchgeführt, und eine Frauengruppe organisierte einen Pikettdienst, der einspringt, wenn in einer Familie die Hausfrau erkrankt.

Vom Versuch zur Institution

Die langsam ausgebauten Versuche, sowohl mit der Gruppenarbeit wie mit der Gemeinwesenarbeit, haben so gute Erfolge gebracht, dass diese Art Sozialeinsatz nun institutionalisiert werden soll. Es wird an die Bildung weiterer Gruppen gedacht und in den gut überblickbaren Quartieren lassen sich die Bedürfnisse leicht feststellen. So hat es sich etwa schon gezeigt, dass Betagte oft Hemmungen haben, eine Amtsstelle aufzusuchen, um sich dort beraten zu lassen. Der Weg zu einer Beratungsstelle im Quartier würde ihnen leichter fallen.

Weitere Pläne sehen die Schaffung von Sozialzentren in grossen Neuüberbauungen vor, wie zum Beispiel in der Hardau, in welcher fast gleichzeitig rund 2000 Personen Einzug halten werden. Dort soll eine Freizeitanlage durch Einrichtungen ergänzt werden, welche den sozialen Bedürfnissen entsprechen. Und damit ist auch gleich gesagt, dass die neu entwickelten Arbeitsmethoden des Sozialamtes weder Ersatz noch Konkurrenz der Freizeitanlagen sein wollen, sondern Ergänzung, dass keine Kompetenzüberschneidung, sondern eine gute Zusammenarbeit mit der die Freizeitzentren betreuenden Pro Juventute vorgesehen ist. M. B.

Ledige Frauen gründen einen Verein

Am 30. August 1975 wurde in Olten der Verein «Arbeitsgemeinschaft unverheirateter Frauen» (AUF) mit Sitz in Zofingen gegründet. Er bezweckt den Schutz der Rechte und Ansprüche, die Hebung der sozialen Stellung und die Wahrung der Interessen der ledigen Frauen in der Schweiz. Er setzt sich zum Ziel, die spezifischen Probleme dieser Frauen in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und sich für eine Verbesserung ihrer Situation bei Behörden und anderen Gremien zu verwenden. Damit schliesst der Verein eine bei den bestehenden Organisationen seit langem empfundene Lücke. Er begrüsst jede Möglichkeit zu konstruktiver Zusammenarbeit mit anderen Frauenvereinigungen. Der Vorstand des neugegründeten Vereins setzt sich aus aktiv im Berufsleben stehenden Frauen mittleren Alters aus dem Erziehungs-, Gesundheits- und Hauswirtschaftswesen, aus der Privatwirtschaft und aus der öffentlichen Verwaltung zusammen. Die Mitglieder rekrutieren sich aus allen Bevölkerungskreisen und umfassen die Heimarbeiterin wie die Akademikerin, die Erwerbstätige wie die Rentnerin. Daraus ist ersichtlich, dass der Verein einem echten Bedürfnis der rund 250 000 über 30jährigen ledigen Frauen in der Schweiz entspricht. Aktivmitglieder können ledige Frauen mit Wohnsitz in der Schweiz sowie ledige Auslandschweizerinnen werden. (Adresse: AUF, Postfach 183, 4800 Zofingen.)

Neue Bücher

Frauen in der Politik

In der «Staatsbürgerin» Nr. 6/7 1975 haben wir über eine politisch-soziologische Untersuchung berichtet, die im Auftrag von **Dr. Nelly Hohl-Spiess,** Zürich, vom **Institut für Meinungsforschung AG Baden** durchgeführt worden ist. Aufgrund der Ergebnisse der Zürcher Gemeinderatswahlen 1974 in zwei Stadtkreisen wurden die Chancen der Frau als aktive Politikerin unter die Lupe genommen. Das Interesse für diese Erhebung war so gross, dass sie nun in Buchform erschienen und damit jedermann zugänglich ist.